

„Die Reform der Landesverfassung und der Gemeindereform muss endlich angepackt werden“

Antrag des Juso Kreisverbands Esslingen zu mehr politischen Partizipationsmöglichkeiten findet breite Unterstützung

Die Jusos Baden-Württemberg möchten den Menschen im Land künftig mehr Möglichkeiten zur politischen Mitsprache ermöglichen. Der Juso-Landesausschuss stimmte am vergangenen Wochenende in Schwäbisch Gmünd einem entsprechenden Antrag aus dem Kreisverband Esslingen einstimmig zu. „Die aktuell immer noch hinter verschlossenen Türen tagende interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Reform der Landesverfassung und der Gemeindeordnung muss daher endlich erfolgreich zum Abschluss gebracht werden“, erklärt Simon Bürkle, Kreisvorsitzender der Jusos im Kreis Esslingen.

Die Jusos Baden-Württemberg fordern in ihrem Beschluss das Innenministerium auf, endlich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der niedrigere Quoren bei Volksbegehren und Volksentscheiden vorsieht und das Sammeln von Unterschriften erleichtert. Gegenstand des Gesetzes müsse mindestens der bereits im Dezember 2013 zwischen den Fraktionen des Landtags erreichte Konsens sein. Demzufolge kann eine Volksabstimmung bereits mit den Unterschriften von 10 Prozent der Wahlberechtigten im Land initiiert werden und ist ab einem Quorum von 25 Prozent gültig. Besonders wichtig ist den Jusos die Verlängerung des Zeitraums zum Sammeln von Unterschriften auf 6 Monate, wobei dies künftig auch auf der Straße möglich sein soll. „Wenn die CDU im Hinblick auf die kommende Landtagswahl in altes Denken zurückfällt und von diesen Absprachen abweicht, offenbart sie, dass sie lieber aus Eigeninteresse ihre Parteipolitik durchsetzt, anstatt die Interessen des Volkes zu vertreten“, so Simon Bürkle. Denn laut einer repräsentativen Studie der Bertelsmann-Stiftung vom September 2014 möchten 76 Prozent der Menschen im Land auch zwischen den Wahlen politisch mitsprechen dürfen.

Sollte eine fraktionsübergreifende, gemeinsame Reform scheitern, erwarten die Jusos daher von der grün-roten Mehrheit trotzdem eine Reform der Gemeindeordnung. „Wir Sozialdemokraten dürfen uns bei dieser wichtigen Rahmensetzung nicht hinter dem Unwillen der Konservativen verstecken“, heißt es dazu im Antrag. Man sei 2011 auch mit dem Ziel angetreten, den Bürgerinnen und Bürgern im Land mehr Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen. „Dem wollen wir gerecht werden“, bekunden die Jusos im Weiteren. Dabei sollen neben einer Absenkung der Quoren auf kommunaler Ebene insbesondere die Jugendbeteiligung fest in der Gemeindeordnung verankert werden. Zusätzlich schlagen die Jusos Baden-Württemberg vor, die Kommunen zum Erarbeiten von Leitlinien der Bürgerbeteiligung anzuhalten.

Durch die moderate Absenkung der Hürden für die direkte Demokratie und eine Stärkung dialogischer Beteiligungsformate in den Kommunen gelänge eine behutsame Weiterentwicklung der Demokratie in Baden-Württemberg. „Durch diese Ergänzungen stärken wir letztlich wieder die repräsentative Gremien, weil wir durch neue, sich gegenseitig unterstützende Partizipationsmöglichkeiten eine vielfältigere Demokratie im Land schaffen“, erklärte Sebastian Schöneck, stellv. Delegierter des Kreisverbandes Esslingen, bei der Einbringung des Antrages im Landesausschuss. Dies entspreche der Lebenswirklichkeit einer immer besser gebildeten, selbstbewussten Zivilgesellschaft in einer vielfältigeren Gesellschaft.